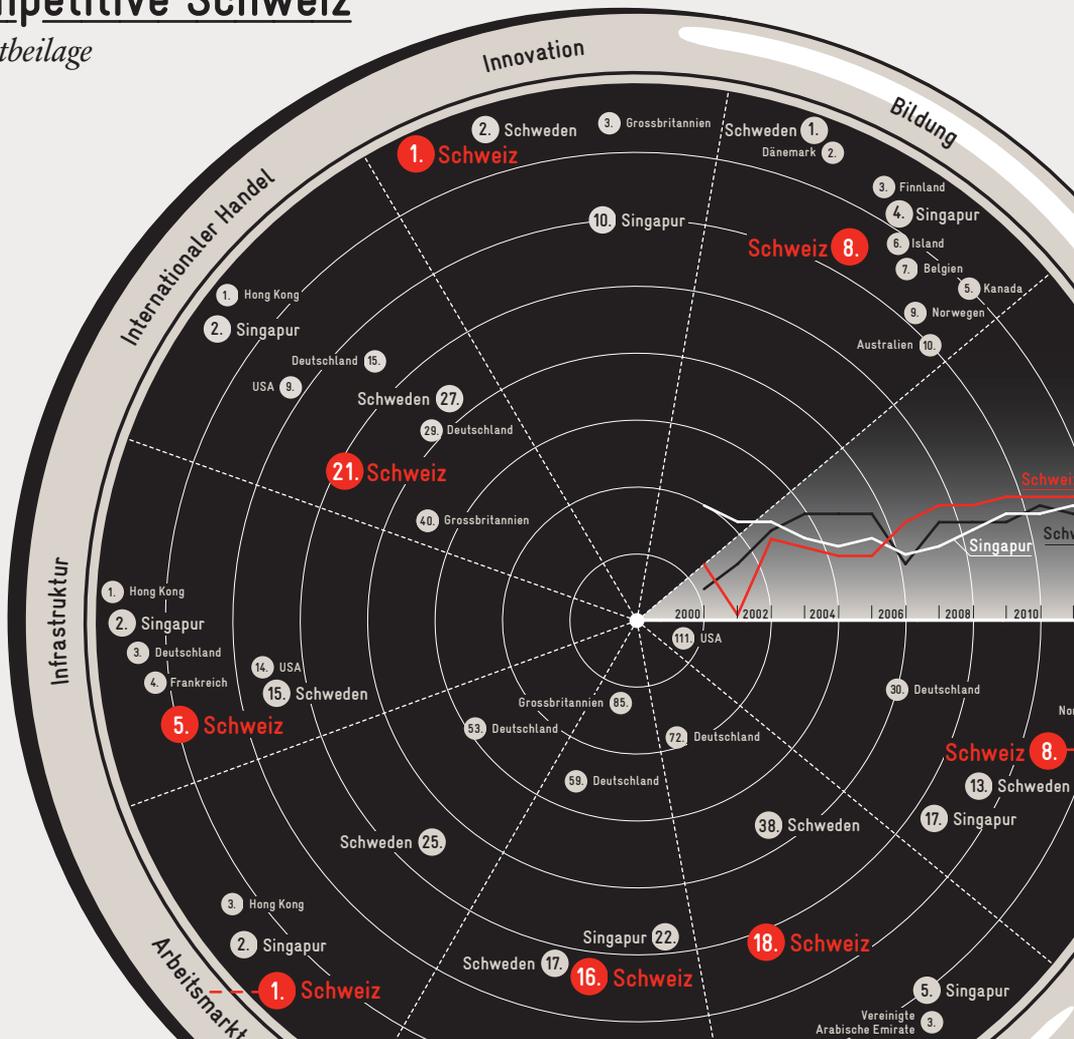


- 2 \_ Editorial
- 3 \_ Kostenwahrheit im Verkehr
- 6 \_ Riskante Geldpolitik
- 7 \_ Zahlen
- 8 \_ Natürliches Wachstum
- 10 \_ Teure Altersvorsorgereform
- 12 \_ Paradoxe Energiewende
- 14 \_ Arbeiten bis zum Umfallen?
- 15 \_ Wie bitte?
- 16 \_ Irrgarten Finanzausgleich
- 18 \_ Steuererträge aus Immobilien
- 19 \_ Lektüre

Radar der Wettbewerbsfähigkeit

## Kompetitive Schweiz

Plakatbeilage





*Gerhard Schwarz*  
Direktor Avenir Suisse

Die Schweiz schneidet seit vielen Jahren in einer ganzen Fülle von internationalen Indizes hervorragend ab, nicht nur hinsichtlich Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, wirtschaftlicher Freiheit und Wohlstand, sondern auch bei der Lebensqualität. Mit diesen Auszeichnungen lässt sich gut Standortmarketing betreiben, aber sie sind auch gefährlich, weil sie leicht vergessen lassen, dass auf dem Radarschirm der Wettbewerbsfähigkeit doch Gefahren erkennbar sind.

In Sachen Offenheit der Märkte fällt die Schweiz wegen ihres hohen Schutzes für den Agrarsektor weit ab. Die Zahl der Patente als Massstab der Innovationskraft hängt zwar nicht gerade an einem seidenen Faden, aber doch relativ einseitig am Pharmasektor. Nimmt man die Zahl der Unternehmen pro Kopf der Bevölkerung als Indikator für die wirtschaftliche Risikobereitschaft, liegt die Schweiz hinter Ländern wie den USA, aber auch Frankreich. Das Steuersystem ist zwar etwas weniger belastend als anderswo, aber von vielen Ineffizienzen gekennzeichnet. Ferner ist der in einem hochgradig dezentralen Staat nötige Finanzausgleich so intransparent und kompliziert, dass ihn vermutlich nur gut zwei Dutzend Experten – einer pro Kanton – verstehen.

Schliesslich lenkt die im Vergleich ausgezeichnete Infrastruktur der Schweiz davon ab, dass das subventionierte Angebot die Nachfrage nach Mobilität künstlich anheizt. Der dadurch nötig werdende Kapazitätsausbau stösst an finanzielle, technische und ökologische Grenzen. Davon zeugen Staus, überfüllte Züge und Milliardenlöcher in der Staatskasse. Deshalb plädiert Avenir Suisse seit langem für mehr Kostenwahrheit im Verkehr: Wer Mobilität konsumiert, soll dafür auch bezahlen. Solches «Mobility Pricing» ist, wie viele auf Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Reformen, zunächst schmerzhaft. Aber mit der Zeit werden Länder, die ihre Verkehrsprobleme anpacken, davon profitieren, denn auf längere Sicht führt jegliches künstliche, durch staatliche Subventionen angeheizte Wachstum zur Übernutzung der Ressourcen auf Kosten kommender Generationen.

# Wege zur Kostenwahrheit im Verkehr

*Die Schweizer Verkehrspolitik ist teuer und zunehmend überlastet. Avenir Suisse plädiert für ein umfassendes «Mobility Pricing», um den Teufelskreis aus steigenden Mobilitätsbedürfnissen und massiv subventioniertem Angebot zu durchbrechen.*

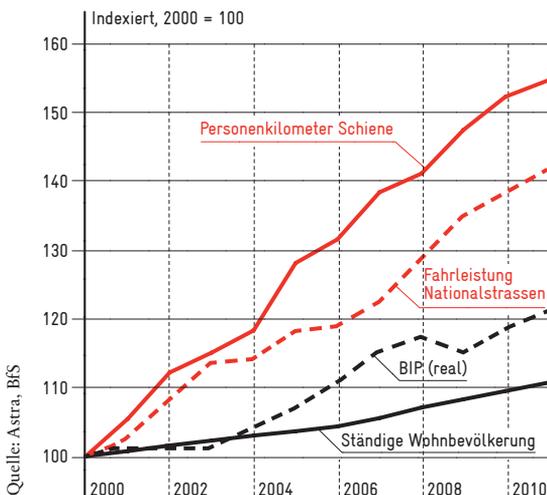
Daniel Müller-Jentsch

Die Schweiz hat ein dichtes, qualitativ hochwertiges Verkehrssystem mit hohen Kosten. Durch die steigende Mobilität stösst es zusehends an die Grenzen seiner Kapazität und Finanzierbarkeit. So sind die Pro-Kopf-Investitionen in die Schieneninfrastruktur sechsmal so hoch wie in Deutschland. Gemäss Transportrechnung des Bundes betragen die Gesamtkosten des Strassenverkehrs 70,5 Mrd. Franken und die des Schienenverkehrs 11,4 Mrd. Franken pro Jahr (BfS 2009). Ein Treiber des Mobilitätswachstums ist die Bevölkerungszunahme. In den letzten 30 Jahren wuchs die Schweiz um 1,5 Mio. Einwohner und die Menschen wurden mobiler. Seit 1970 stiegen die mit dem Auto gefahrenen Kilometer um 50 % pro Kopf. Der Pendleranteil unter den Erwerbs-

tätigen verdoppelte sich. Zwei Bereiche, in denen das Mobilitätswachstum in der letzten Dekade besonders ausgeprägt war, sind die gefahrenen Kilometer auf den Nationalstrassen und der Personenverkehr auf der Schiene: Während die Bevölkerung von 2000 bis 2011 um 10 % und die Wirtschaftsleistung um 21 % wuchsen, stiegen die Fahrleistung auf den Nationalstrassen doppelt so schnell (um 41 %) und die auf der Schiene geleisteten Personenkilometer sogar um 54 % (Astra 2013), (siehe Abb. S. 3). In diesen Bereichen hat sich das Mobilitätswachstum von wirtschaftlichen und demographischen Wachstumstrends entkoppelt – eine Folge verkehrspolitischer Fehlansätze.

## Entkoppeltes Mobilitätswachstum

*Als Folge verkehrspolitischer Fehlansätze hat sich das Mobilitätswachstum von den wirtschaftlichen und demographischen Wachstumstrends entkoppelt.*



## Drei Strukturfehler der Verkehrspolitik

Aus ökonomischer Sicht weist die Verkehrspolitik drei fundamentale Strukturfehler auf: Massive Subventionierung, Fehlen von Preisdifferenzierung und Politisierung der Investitionsentscheide.

- 01\_ Der Verkehr in der Schweiz wird jährlich mit Milliardenbeträgen subventioniert. Dies ist teuer und heizt die Mobilitätsnachfrage an, denn alles, was man künstlich verbilligt, wird im Übermass konsumiert. Der Eigenfinanzierungsgrad im Bahnverkehr liegt bei einer Vollkostenrechnung bei nur 41 %. Die Ticketpreise decken also nicht einmal die Hälfte der vom Nutzer verursachten Kosten. Die Differenz zahlt der Staat, sprich: der Steuerzahler. Im Strassenverkehr liegt der Kostendeckungsgrad unter Berücksichtigung externer Kosten (Unfälle, Staus, Emissionen) bei etwa 90 %.
- 02\_ Die fehlende Differenzierung der Preise verhindert eine gleichmässigeren Auslastung der Verkehrssysteme. Während die Züge zu den

Stosszeiten überfüllt sind, beträgt die durchschnittliche Sitzplatzauslastung der SBB im Regionalverkehr nur 20 % und im Fernverkehr 32%. Vom Grundsatz her gibt es das gleiche Problem im Strassenverkehr.

03. Durch die Politisierung der Investitionsentscheide werden Milliardeninvestitionen fehlgeleitet. Die Auswahl der Projekte folgt häufig regionalpolitischen Erwägungen statt verkehrspolitischen Kosten-Nutzen-Rechnungen. Während sich auf den Hauptachsen des Nationalstrassennetzes der Verkehr staut, werden in kaum befahrene Nebenstrecken rund 9 Mrd. Franken investiert.

Die drei genannten Strukturfehler lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: In der Verkehrspolitik wird in vielfältiger Weise gegen die Kostenwahrheit und das Verursacherprinzip verstossen – zwei Grundsätze, die sonst grosse Zustimmung geniessen. Als Folge dieses Systemfehlers befindet sich die Schweizer Verkehrspolitik in einer Kostenspirale zwischen subventioniertem Verkehrsausbau und wachsenden Mobilitätsbedürfnissen.

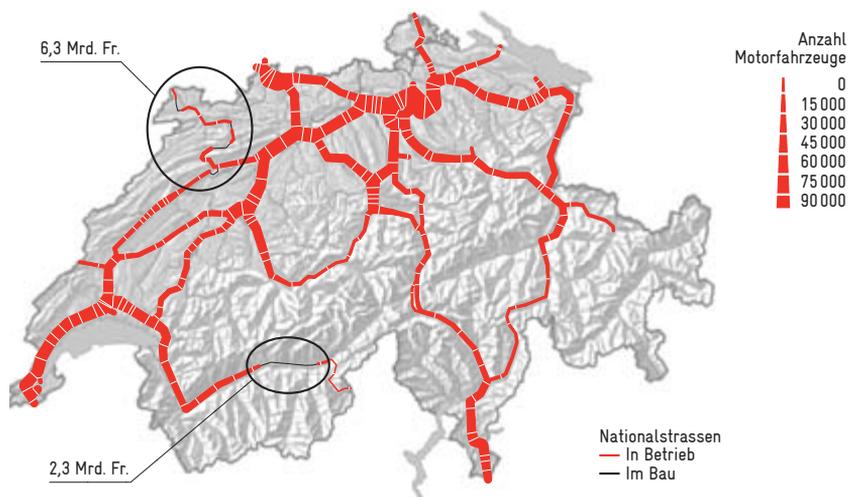
### Wer Mobilität konsumiert, soll sie auch bezahlen

Die Lösung für diese Strukturfehler liegt im «Mobility Pricing», also der Anwendung marktwirtschaftlicher Preismechanismen im Verkehr. Konkret bedeutet dies einen höheren Grad an Benutzerfinanzierung, eine stärkere Preisdifferenzierung nach Zeiten und Strecken sowie Investitionsentscheide, die auf Kosten-Nutzen-Erwägungen basieren, nicht auf einem föderalen Wunschkonzert. Mobility Pricing ist ein ökonomisches Prinzip und bedeutet in seiner Essenz möglichst grosse Kostenwahrheit. Die Folge wären geringere Kosten, weniger Staus, bessere Kapazitätsauslastung und mehr Fairness.

Verkehrspolitisch bedeutet die Einführung von Mobility Pricing eine Umschichtung der Finanzierungsbasis weg von Steuern und hin zu benutzerabhängigen Tarifen und Gebühren. Diese Umschichtung sollte fiskalisch neutral erfolgen. Die Einführung des Mobility Pricing sollte zudem auf Schiene und Strasse gleichermaßen erfolgen, denn eine einseitige Be- oder Entlastung hätte eine Verkehrsverlagerung zur Folge, die neue Engpässe schaffen würde.

## Verkehrte Verkehrspolitik

*Während sich auf den Hauptverkehrsachsen des Nationalstrassennetzes der Verkehr staut, werden in kaum befahrene Nebenstrecken rund 9 Mrd. Fr. investiert: Die Auswahl der Projekte folgt häufig regionalpolitischen Erwägungen statt verkehrspolitischen Kosten-Nutzen-Überlegungen.*



Es gibt viele kleinere und grössere Schritte in Richtung eines umfassenden Mobility Pricing – von einer Strassen-Maut («Road Pricing») für Tunnel oder Innenstädte über eine Alpentransitbörse bis hin zu elektronischen ÖV-Tickets sowie höheren ÖV-Preisen in der Rushhour.

### Mobility Pricing hat sich bewährt

Viele dieser Instrumente sind im Ausland bereits erprobt. Als Vorbild dient etwa Österreich, das auf sechs alpenquerenden Strecken eine Maut an Tunneln von mehr als 5 Kilometern Länge erhebt. In der Schweiz bietet sich der Gotthard-Tunnel als Pilotprojekt für eine Tunnel-Maut an, denn so liessen sich nicht nur die Sanierungskosten von gut 2 Mrd. Franken finanzieren, sondern durch zeitlich differenzierte Tarife auch die wiederkehrenden Staus reduzieren. Eine City-Maut könnte hingegen die Verkehrsüberlastung in Städten wie Zürich oder Genf lindern. Ein Vorbild ist Stockholm, wo eine solche Gebühr 2006 eingeführt wurde. Dass Mobility Pricing auch in der Schweiz funktionieren kann, zeigt die «Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe» (LSVA). Diese LKW-Maut brachte seit 2001 Einnahmen von 14 Franken, die für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen.

Im ÖV hätte die Erhöhung der Preise während der Rushhour und auf überlasteten Strecken Priorität. Längerfristig wäre die Abschaffung des GA sinnvoll, denn diese «Flat-Rate» schafft Anreize für Überkonsum. Ein erster Schritt wäre der Ersatz des Senioren-GA durch ein vergünstigtes «Talzeiten»-GA, das nur ausserhalb der Stosszeiten gültig ist. Zudem sollte der Kostendeckungsgrad im Schienenverkehr erhöht werden, z. B. auf 60 % bis 2030.

<http://www.avenir-suisse.ch/30223>



**Mobility Pricing: Wege zur Kostenwahrheit im Verkehr**  
Von Daniel Müller-Jentsch,  
mit Beiträgen von Frank  
Bruns und Marco Kauffmann  
Bossart, September 2013  
Avenir Suisse, 58 Seiten,  
Fr. 11.– (zzgl. Versandkosten)

### Mobility Pricing - fünf Kernbotschaften

- 01\_ **Mobility Pricing ist machbar:** Es ist längst nicht mehr ein Konzept aus der Studierstube abgehobener Theoretiker, sondern wird vielerorts konkret umgesetzt – und funktioniert. Das sollen die Fallstudien im Diskussionspapier zeigen, ohne Schönfärberei, durchaus mit Licht- und Schattenseiten, aber in der Überzeugung, dass der Saldo positiv ist.
- 02\_ **Mobility Pricing ist verkehrsträgerneutral:** Privater wie öffentlicher Verkehr werden direkt oder indirekt stark subventioniert. Mobility Pricing will daher alle, die Mobilität konsumieren, die Kosten dieses Konsums direkt spüren lassen, damit sie einen Anreiz haben, sich kostenbewusst zu verhalten.
- 03\_ **Mobility Pricing ist kein technisches Konzept:** Wer in erster Linie an Lichtschranken am Eingang zur Innenstadt denkt, an Mautstationen vor Tunnel- und Einfahrten oder an komplizierte elektronische Ticketing-Systeme, verkennt, dass es hier vor allem um das Prinzip der Kostenwahrheit geht, verbunden mit dem Grundsatz, dass Verkehrspolitik besser funktioniert, wenn sie auf Anreizen statt auf Vorschriften und Beton basiert. Natürlich können technische Entwicklungen helfen, aber im Zentrum steht schlicht die Benutzerfinanzierung.
- 04\_ **Mobility Pricing kann schrittweise eingeführt werden:** Obwohl es viele Beispiele von Mobility Pricing in der Praxis gibt, auch in der Schweiz (die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA), wurde es bisher nirgendwo integral und flächendeckend umgesetzt. Man kann es sehr wohl inkrementell einführen, kann Feldversuche durchführen und sich auf Teilreformen beschränken. Ein Big Bang würde dagegen vermutlich den Widerstand ganz vieler, unterschiedlich ausgerichteter Gruppen provozieren. Wer Mobility Pricing will, sollte kleine und grössere Experimente nicht scheuen.
- 05\_ **Mobility Pricing ist fair:** Der Vorwurf, das System benachteilige all jene, die von Berufes wegen pendeln müssen, ist zwar immer wieder zu hören, wird dadurch aber nicht richtiger. Tatsache ist, dass die Kosten des Pendelns heute nur zum Teil von den Pendlern selbst direkt bezahlt werden, zum Teil von eben diesen Pendlern indirekt über ihre Steuern, und zum Teil von allen anderen, die nicht pendeln, ebenfalls über die Steuern. Differenzierte Preise und Tarife je nach Auslastung und Kostenstruktur sind in vielen Branchen längst gang und gäbe – etwa in der Hotellerie oder beim Flugverkehr. Warum sollte das auf Schiene und Strasse anders sein?

## Zentralbanker als Zauberlehrlinge?

*Die ultraexpansive Geldpolitik der Zentralbanken bewahrte das globale Finanzsystem vor dem Zusammenbruch und stabilisierte die Weltkonjunktur. Je länger sie an dieser Politik festhalten, desto stärker rücken deren Risiken in den Vordergrund.*

*Alois Bischofberger und Rudolf Walser*

Seit sechs Jahren betreiben wichtige Zentralbanken eine extrem expansive Geldpolitik. Sie halten ihre Leitzinsen auf rekordtiefen Niveaus, fluten die Märkte mit Liquidität und erwerben Wertpapiere öffentlicher und privater Schuldner, um die langfristigen Zinsen zu drücken. Als Folge dieser Massnahmen sind die Zentralbankbilanzen in einem früher kaum vorstellbaren Ausmass aufgebläht (siehe Abb. S. 6) und die in diesen Bilanzen schlummernden Risiken gestiegen.

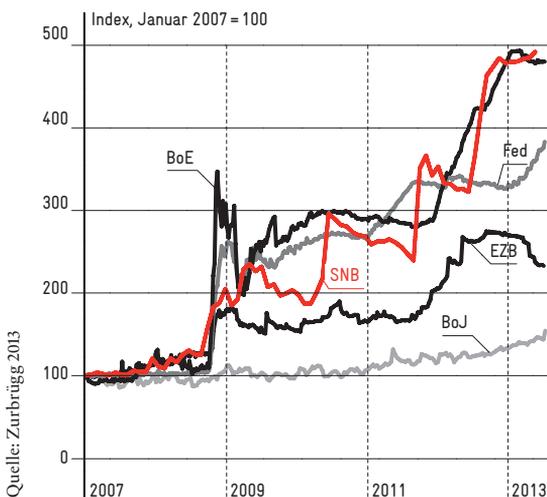
Mit ihrer expansiven und unkonventionellen Politik verhinderten die Noteninstitute den Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems und Zahlungsverkehrs und wendeten wohl einen weltweiten Wirtschaftseinbruch ab. Damit haben sie ihr Ziel erreicht. Je länger sie nun an dieser

Politik festhalten, desto stärker rücken deren Risiken in den Vordergrund.

Wirtschaft, Finanzmärkte und Politik gewöhnen sich an die Droge des billigen Geldes. Künstlich tiefgehaltene Zinsen lösen Fehlinvestitionen und Überkapazitäten aus. Sie bergen die Gefahr, dass dringend notwendige Strukturreformen aufgeschoben werden. Das trifft nicht zuletzt auf den Abbau der Staatsverschuldung und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu; tiefe Kapitalmarktrenditen verschleiern den Handlungsbedarf. Rekordtiefe Zinsen können ferner zu neuen Blasen auf den Finanzmärkten beitragen. Mittelfristig droht als Reaktion auf die starke Ausdehnung der monetären Basis ein Teuerungsschub. Schliesslich lauern Gefahren für die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Zentralbanken, wenn sich diese unter einem wachsenden politischen Druck in den Dienst der Fiskalpolitik einspannen lassen. Die Geldpolitik darf nicht mit Aufgaben überfrachtet werden, die ihre Möglichkeiten überfordern. Zentralbanker sollen keine Zauberlehrlinge sein.

### Explodierende Zentralbankbilanzen

*Die Zentralbankbilanzen stiegen während der Finanzkrise stark an. Besonders gross war die Zunahme bei der Bank of England und der SNB.*



### Steiniger Ausstieg

Angesichts dieser schwerwiegenden Risiken sollten die Zentralbanken mit dem Ausstieg aus der ultraexpansiven Geldpolitik nicht mehr lange zu warten. Der Weg dürfte allerdings steinig sein, weil die Auswirkungen der Ausstiegsmassnahmen auf die Zinsen schwierig abschätzbar sind, der künftige Liquiditätsbedarf der Geschäftsbanken unbekannt ist, der Ausstieg international kaum koordiniert werden kann und steifer politischer Gegenwind zu erwarten sein wird. Zahlreiche Interessengruppen, darunter nicht zuletzt hoch verschuldete Staaten, dürften gegen eine Straffung der geldpolitischen Zügel aufbegehren. Umso wichtiger ist, dass die Zentralbanken den

Märkten Orientierungshilfe bieten und möglichst grosse Klarheit über die beabsichtigten geldpolitischen Schritte schaffen.

#### **SNB muss Manövrierfähigkeit zurückgewinnen**

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) befindet sich in einer schwierigen Lage. Einerseits signalisiert das starke Wachstum der Geldmengen und Kredite Handlungsbedarf, also die Abkehr von der Nullzinspolitik. Andererseits sind ihr die Hände gebunden, weil sie Gefangene der Geldpolitik

der Europäischen Zentralbank ist. Diese dürfte vorderhand an ihrer Politik extrem tiefer Zinsen festhalten. Autonome Zinserhöhungen der SNB wären mit der Gefahr verbunden, dass der Franken rasch unter Aufwertungsdruck ge-

riete. Deshalb sind heute Forderungen nach einer Aktivierung der Zinspolitik oder einer Aufhebung der Wechselkursuntergrenze von 1.20 Franken je Euro nicht opportun.

Wenn sich die Wolken über der Bankenlandschaft und den Finanzmärkten verziehen und die Weltwirtschaft auf einen soliden Wachstumspfad einschwenkt, sollte die SNB versuchen, geldpolitische Manövrierfähigkeit zurückzugewinnen. Bis es so weit ist, bietet sich der gezielte Einsatz makroprudenzieller Instrumente wie zusätzliche Kapitalpuffer, die Einführung von Verschuldungsobergrenzen und erhöhter Risikogewichte für bestimmte Kredite als Handlungsmöglichkeit an. Ein gleichwertiger Ersatz für eine konsequente Zinspolitik können diese Instrumente aber nicht sein. Deshalb bleiben die aus der ultraexpansiven Geldpolitik resultierenden Risiken erheblich.

Online-Publikation: [www.avenir-suisse.ch/28957](http://www.avenir-suisse.ch/28957)



#### **Alois Bischofberger und Rudolf Walser: «Zentralbanker als Zauberlehrlinge»**

Verlag: Avenir Suisse, 2013

58 Seiten, Fr. 11.- (zzgl. Versand)

#### Zahlen

### 1676% Zoll

Während die Schweizer Einfuhrzölle ausserhalb der Landwirtschaft bei durchschnittlich 2,3% liegen, bewegen sie sich im Agrarsektor um etwas über 30%. Fleisch und Milchprodukte werden im Durchschnitt sogar mit Zöllen von über 100% und in extremen Einzelfällen mit bis zu 1676% vor Wettbewerb geschützt.

Dieses Abweichen vom marktwirtschaftlichen Kurs, ist nicht nur ordnungspolitisch fragwürdig und natürlich wohlstandsmindernd, sondern es ist auch insofern unverständlich, als die Landwirtschaft, wie die WTO festhält, nur einen sehr marginalen Beitrag zur Bruttowertschöpfung und zur Beschäftigung leistet. Am Beispiel der Aussenwirtschaft zeigt sich, wie sehr in der schweizerischen Wirtschaftspolitik 1% oder weniger der Bevölkerung eine ganze Volkswirtschaft in Geiselschaft nehmen und sich mit ihren Sonderinteressen und interventionistischen Forderungen durchsetzen kann. **GS**

---

### 640 Mio. Arbeitsstunden

Die Bereitschaft zu Milizarbeit sinkt. 1997 leisteten 47% der Bevölkerung Milizarbeit, 2010 nur noch 32,9% (BfS), die insgesamt 640 Mio. Stunden unentgeltlich arbeiteten. Die Individualisierung und Globalisierung der Gesellschaft stellt das auf republikanischen Tugenden beruhende Schweizer Milizsystem infrage: den Parteien geht die Basis verloren, kleinere Gemeinden finden keine Kandidaten für ihre Ämter, die Vereinsaufgaben lasten auf den immer gleichen, wenigen (und zunehmend ergrauenden) Köpfen. Verkommt das Milizsystem zu einem Mythos? Eine breite Debatte, wie eine republikanisch-genossenschaftliche Schweiz aussehen könnte, fehlt. Darum hat Avenir Suisse die Idee eines allgemeinen Bürgerdienstes für Männer, Frauen und niedergelassene Ausländer lanciert, der wahlweise im Militär oder in zivilen Tätigkeiten absolviert würde. Wie diese Bürgerbeteiligung konkret ausgestaltet werden könnte, ist zu diskutieren. **SH**

<http://www.avenir-suisse.ch/30372>

## Ein natürliches Phänomen

*Können Volkswirtschaften immer weiter wachsen? Ja, denn Wirtschaftswachstum ist heute vor allem die Folge von technologischem Fortschritt. Dieser kann und soll nicht unterbunden werden, lässt sich aber auch nicht künstlich erzwingen.*

Samuel Rutz und Gerhard Schwarz

Die Lösungen liegen nicht im Verzicht auf Wachstum, sondern vielmehr im Verzicht, auf Kosten Anderer und auf Kosten kommender Generationen zu leben.

Eine gerade in den letzten Jahren oft gestellte Frage lautet, ob Volkswirtschaften immer weiter wachsen können. An düsteren Prognosen eines versiegenden Wachstums fehlt es dabei nicht. Eine längerfristige Betrachtung relativiert jedoch diese Prognosen:

In der Schweiz betrug das jährliche Wachstum des BIP pro Kopf in den letzten rund 100 Jahren durchschnittlich 2,3%. Bis 1950 konnte man zwar teilweise sehr hohe Wachstumsraten von über 10% beobachten, aber auch die Rezessionen fielen entsprechend stark aus. Im Durchschnitt

ergab sich in der Periode 1900 bis 1950 letztlich denn auch «nur» ein Wachstum des BIP pro Kopf von rund 2%. Seit den 1970er-Jahren kann ein gewisser Rückgang des Trendwachstums zwar nicht verneint werden, dafür fielen Boom- und Rezessionsphasen weniger heftig aus.

Es gibt auch gute Gründe, weshalb kein Versiegen des Wachstums zu erwarten ist. Heute herrscht weitgehend Einigkeit, dass der technische Fortschritt den zentralen Wachstumstreiber in den industrialisierten Ländern darstellt, der sich – wie die Geschichte zeigt – sicherlich nicht erzwingen, aber eben auch nicht unterbinden lässt. Die Suche nach neuen, oftmals die Lebensumstände verbessernden Lösungen liegt in der Natur des Menschen. Wirtschaftswachstum ist in diesem Sinne gewissermassen ein natürliches Phänomen, das – etwas pointiert formuliert – dem Streben der Menschen nach mehr vom Gleichen und nach immer Neuem (der Gier und der Neu-Gier) entspringt. Dass diese Quelle des

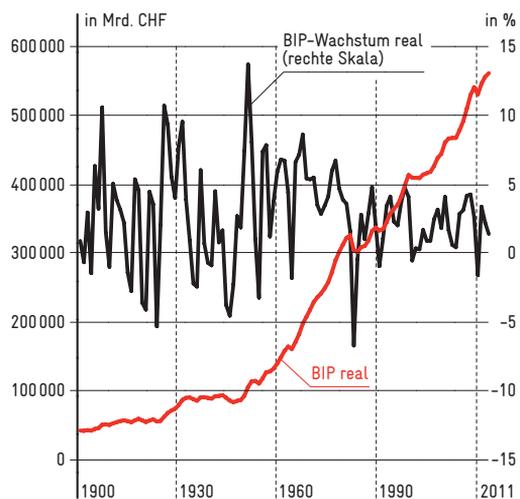
Wachstums in den kommenden Jahrzehnten gänzlich versiegen sollte, leuchtet schlicht nicht ein.

### Die Schattenseiten des Wachstums

Dass Wachstum auch unerwünschte Begleiterscheinungen haben kann, z.B. in Form von Arbeitslosigkeit oder Umweltbelastung, ist unbestritten. Forderungen, deshalb auf Wachstum und Wohlstand zu verzichten, wollen jedoch das Kind mit dem Bade ausschütten. Zwar mag der Gedanke, einer gewissen Genügsamkeit zu huldigen, auf den ersten Blick sympathisch erscheinen, aber allzu oft wird er von Menschen vertreten, denen es in verschiedenerlei Hinsicht relativ gut geht, sowohl im Vergleich zu ihren Vorfahren

### Stabilerer Wirtschaftsverlauf

Seit den 1970er-Jahren fallen Boom- und Rezessionsphasen weniger heftig aus, was den Wirtschaftsverlauf berechenbarer gemacht hat.



Quelle: Ritzmann-Blickensdorfer 1996 (1900–1913), Andrist et al. 2000 (1920–1948), seco (1948–2012), Zusammenstellung: Boris Zürcher

als auch, erst recht, im Vergleich mit dem Rest der Welt. Wer würde sich schon ernsthaft Zeiten ohne Farbfernseher, Computer und Handy, Zeiten, in denen Flugreisen, Geschirrspülmaschinen oder Telefonate ins Ausland ein Luxus für wenige waren, und Zeiten, in denen es für viele Krankheiten noch keine Behandlungen gab und Empfängnisverhütung ein Vabanque-Spiel war, zurückwünschen?

Es muss also darum gehen, die positiven Seiten des Wachstums möglichst breit zu streuen und die negativen Begleiterscheinungen des Wachstums möglichst gering zu halten. Ein erzwungener Verzicht auf Innovationen löst hingegen keine Probleme, denn längerfristig eröffnet technologischer Fortschritt neue Betätigungsfelder und schafft Arbeitsplätze. Für den Einzelnen mag zwar der stetige technologische Wandel eine Belastung sein, die Gesellschaft insgesamt profitiert jedoch davon. Und am Schluss profitiert auch die Umwelt – dank erzielter Energie-Effizienzgewinne – vom technologischen Fortschritt.

### **Wachstum als Notwendigkeit**

Zunehmend wird auch kritisiert, dass zentrale gesellschafts- und wirtschaftspolitische Bereiche und Institutionen der Industrieländer auf stetiges Wachstum ausgelegt seien. Abnehmendes Wachstum würde etwa dazu führen, dass einzelne Länder ihre Staatsverschuldung endgültig nicht mehr tragen und die Sozialwerke nicht mehr finanzieren könnten. Die Forderung lautet deshalb, sich vom «Paradigma des Wirtschaftswachstums» zu verabschieden und die Institutionen vom bestehenden Wachstumszwang zu entkoppeln. Es ist richtig, dass staatliche Politik alles vermeiden sollte, was Wachstum anheizt, denn solch künstliches Wachstum kann niemals nachhaltig sein. Wenn immer der Staat durch Subventionen und andere Interventionen die Preissignale auf den Märkten verzerrt, führt dies früher oder später zur Übernutzung von Gütern, Dienstleistungen und Ressourcen – also zu Verschwendung. Die langfristig beste Wachstumspolitik ist deshalb die Beseitigung aller das Wachstum und das Unternehmertum behindernden Regulierun-

gen, unter gleichzeitiger Aufhebung aller spezifischen, auf einzelne Regionen, Märkte, Produkte, Produktionsprozesse und Unternehmen fokussierten Förderung.

### **Null-Wachstum ist nicht erstrebenswert**

Richtig ist auch, dass es so etwas wie eine Garantie auf ein jährliches BIP-Wachstum nicht gibt. Die Verteufelung des Wachstums, ohne gleichzeitig praxistaugliche Alternativen anbieten zu können, ist in einer Gesellschaft, die in grösstem Umfang langfristige Versprechen und Verpflichtungen eingegangen ist, letztlich jedoch verantwortungslos. In einer stagnierenden Gesellschaft ist es sehr schwer, die Renten zu sichern. Jeder wirtschaftliche Rückschlag schlägt unmittelbar auf jene durch, die nicht mehr produktiv am wirtschaftlichen Prozess teilhaben. Deshalb sollte man sicherlich nicht eine Welt ohne Wachstum anstreben. Hingegen sollte man sehr wohl darüber nachdenken, wie man den auf Kosten der künftigen Generationen auf- und ausgebauten Sozialstaat aus seiner Verschuldung befreien und nachhaltig finanzieren könnte.

Wachstum ist im Übrigen nicht nur eng mit Fortschritt und Wohlstandssicherung verknüpft, es ist auch gesellschaftspolitisch von grosser Bedeutung. In einer stagnierenden Gesellschaft brechen fast unweigerlich ressourcenvernichtende Verteilungskämpfe auf, weil alles, was den einen gegeben wird, anderen weggenommen werden muss. Umverteilung unter Wachstumsbedingungen bedeutet, dass es insgesamt allen besser geht, aber den einen vielleicht etwas mehr als den anderen.

Diese Absage an einen Wachstumsverzicht darf jedoch nicht als Votum für Untätigkeit missverstanden werden. Viele Probleme der Industrieländer müssen umgehend angepackt werden. Diese Lösungen liegen allerdings nicht im Verzicht auf Wachstum, sondern vielmehr in dem – vermutlich auch viele Wachstumskritiker schmerzenden – Verzicht, auf Kosten Anderer und auf Kosten kommender Generationen zu leben.

*Dieser Beitrag basiert auf einem Artikel in der NZZ vom 22.07.2013. Mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung.*

## Kein Freibier in der Altersvorsorge

*Die Vorsorgereform 2020 des Bundesrats sieht eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2% und der Lohnbeiträge um 1,7% vor. Letztere wurde kaum thematisiert, obwohl sie die Kaufkraft der Erwerbstätigen stark verringert.*

Jérôme Cosandey

Der Bundesrat hat im Juni seine Eckwerte für die «Altersvorsorge 2020» vorgestellt. Um die AHV-Renten trotz demographischen Veränderungen konstant zu halten, sieht er eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2% vor. Dies rief viele kritische Kommentare hervor. In der zweiten Säule soll die Senkung des Umwandlungssatzes durch erhöhte Lohnbeiträge – zusätzliche 1,7% gemäss Berechnung von Avenir Suisse – kompensiert werden. Erstaunlicherweise gab die Erhöhung der Lohnabgaben kaum Anlass zur Diskussion, obwohl sie einer Mehrbelastung im Bereich von einem Mehrwertsteuerprozent entspräche und Angestellte unterschiedlicher Alters- und Lohnniveaus ungleich belasten würde.

### Senkung des Umwandlungssatzes

Mit seiner Reform schlägt der Bundesrat eine Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,0% vor. Will man die resultierenden Renteneinbussen vollständig ausgleichen, müssen die Versicherten bis zu 13% mehr Kapital ansparen. Wer noch

vierzig Jahre bis zur Pensionierung vor sich hat, kann diese Gelder durch erhöhte Lohnbeiträge finanzieren.

### Weniger Diskriminierung

Die «Altersvorsorgereform 2020» sieht die Anpassung auf zwei Wegen vor: Erstens ist eine Erhöhung der altersabhängigen Lohnbeiträge, der

sogenannten Altersgutschriften, geplant, um die Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Arbeitnehmern zu glätten (siehe Abb. S. 11). Diese Angleichung soll die Diskriminierung älterer An-

gestellter aufgrund höherer Sozialabgaben reduzieren und dadurch ihre Mobilität und Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Eine solche Glättung der Altersgutschriften wurde vom Parlament bisher aufgrund der hohen Einführungskosten stets abgelehnt. In einer Übergangsphase müssten die Arbeitgeber höhere Gutschriften für die jüngeren und unverändert hohe Gutschriften für die älteren Arbeitnehmer leisten, was Zusatzkosten in Milliardenhöhe zur Folge hätte.

Im Rahmen der «Altersvorsorge 2020» sieht die Situation anders aus, denn die Lohnbeiträge «müssen» erhöht werden. Statt sie linear über alle Alterskategorien anzuheben, zielt der Vorschlag des Bundesrates darauf ab, die obsoleete Staffelung der Altersgutschriften zu reduzieren. Beim jetzigen Vorschlag zahlen die unter 45-Jährigen immer noch deutlich tiefere Beiträge als ältere Mitarbeiter. Es wäre deshalb prüfungswert, die Beiträge jüngerer Mitarbeiter zusätzlich zu erhöhen, damit diese stärker vom Zinseszinsseffekt profitieren könnten.

### Variabler Koordinationsabzug

Zweitens soll die Basis für die Berechnung der Lohnbeiträge erweitert werden, indem der Koordinationsabzug auf 25% des AHV-Lohns gesenkt und flexibilisiert wird. Dadurch würden Teilzeit- und Mehrfachangestellte, darunter viele Frauen, besser in die berufliche Vorsorge integriert. Heute werden diese durch den vom Arbeitspensum unabhängigen Koordinationsabzug von 24 570 Fr. benachteiligt.

Ein variabler, vom Lohn abhängiger Koordinationsabzug trüge der realen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt besser Rechnung und wäre ein wichtiger Modernisierungsschritt in der beruflichen Vorsorge. Allerdings führte dieser

**Will man die resultierenden Renteneinbussen vollständig ausgleichen, müssen die Versicherten bis zu 13% mehr Kapital ansparen.**

zusätzliche Versicherungsschutz auch zu einem überproportionalen Anstieg der Lohnnebenkosten für Teilzeit- und Mehrfachangestellte. Die Mehrbelastung könnte je nach Alter, Lohn und Arbeitspensum zweistellige Lohnprozentpunkte betragen. Branchen, die stark auf Teilzeitangestellte oder Tieflohne angewiesen sind, wären davon besonders betroffen (siehe Abb. S. 11).

### Über die Kosten wird noch zu reden sein

Die oben erwähnte Erhöhung der Lohnbeiträge wird nicht ausreichen, um die fehlenden Sparkapitalien von Mitarbeitern kurz vor der Pensionierung auszugleichen. Für diese Übergangsgeneration ist eine Sonderfinanzierung nötig. Der Bundesrat beziffert die daraus entstehenden Kosten auf 400 Mio. Fr. pro Jahr.

Diese Zahl überrascht: 2010 schätzte der gleiche Bundesrat die Umverteilung von Jung zu Alt aufgrund des zu hohen Umwandlungssatzes auf jährlich 600 Mio. Fr., wohlbemerkt unter der Annahme eines «korrekten» Umwandlungssatzes von 6,4%. Heute wird eine Senkung von 6,8%

auf 6,0% angestrebt. Dementsprechend müssten die Umverteilungskosten mindestens doppelt so hoch sein, sprich 1200 Mio. Fr. pro Jahr. Die Ausfinanzierung der Übergangsgeneration könnte also Zusatzkosten von ca. 0,12 bis 0,35 Lohnprozenten verursachen.

So viel ist klar: Eine Rentenreform ohne Rentenkürzung ist teuer. Die Anhebung der Mehrwertsteuer, die Erhöhung der Lohnbeiträge und die Finanzierung der Übergangsgeneration würden die Kaufkraft der Erwerbstätigen spürbar beeinträchtigen. Schliesst das Volk Renteneinbussen und eine Erhöhung des Rentenalters auf über 65 Jahre weiterhin kategorisch aus, so ist der Kater vorprogrammiert. Freibier gibt es bekanntlich nur selten – und in den Sozialversicherungen ganz sicher nicht.

Online-Publikation: 15.07.2013

**Eine Rentenreform ohne Rentenkürzung ist teuer. Die Rechnung müssten die Erwerbstätigen bezahlen.**

## Weniger Diskriminierung dank neuer Definition der Lohnbeiträge

Eine gleich hohe BVG-Rente trotz Senkung des Umwandlungssatzes bedingt zusätzliches Sparkapital. Die Reform Altersvorsorge 2020 (AV 2020) sieht dafür eine Angleichung der Altersgutschriften und eine breitere Definition des versicherten Lohns vor. Erstere verbessert die Vermittelbarkeit älterer Mitarbeiter. Letztere erhöht den Vorsorgeschutz – wie auch die Lohnnebenkosten – von Teilzeitangestellten und Mitarbeitern mit Tieföhnen.

	Gesetzlicher Rahmen		Anwendungsbeispiel 1: Schweizer Medianeinkommen			Anwendungsbeispiel 2: Schweizer Medianeinkommen mit 40% Arbeitspensum			
	Heute	AV 2020	Heute Fr.	AV 2020 Fr.	Differenz % Jahreslohn	Heute Fr.	AV 2020 Fr.	Differenz % Jahreslohn	
Jahreslohn (1)	AHV-Lohn	AHV-Lohn	84 240	84 240		33 696	33 696		
Koordinationsabzug (2)	Fix	Variabel							
	24 570 Fr.	25% des AHV-Lohns	24 570	21 060		24 570	8 424		
BVG-versicherter Lohn (3)	(3)=(1)-(2)	(3)=(1)-(2)	59 670	63 180	4,2%	9 126	25 272	47,9%	
<b>Altersgutschriften</b>									
25-34 Jahre	7,0%	7,0%	4 177	4 423	0,3%	639	1 769	3,4%	
35-44 Jahre	10,0%	11,5%	5 967	7 266	1,5%	913	2 906	5,9%	
45-54 Jahre	15,0%	17,5%	8 951	11 057	2,5%	1 369	4 423	9,1%	
55-65 Jahre	18,0%	17,5%	10 741	11 057	0,4%	1 643	4 423	8,3%	
Durchschnitt	12,5%	13,4%	7 459	8 450	1,2%	1 141	3 380	6,6%	

## Wie der Wert der Erneuerbaren erodiert

Mit der wachsenden Produktion erneuerbarer Energien nimmt gleichzeitig ihr Wert am Strommarkt ab. Die Photovoltaik ist davon besonders betroffen – seit 2008 sank ihr Wert gegenüber den Durchschnittspreisen im Grosshandel um fast einen Fünftel.

Urs Meister

Während im europäischen Strommarkt die Nachfrage aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage stagniert, steigt das Angebot durch die staatliche Förderung erneuerbarer Energien und drückt auf die Preise im Grosshandel. An der deutschen Strombörse betrug 2012 der preissenkende Einfluss der subventionierten Energie 9 € – bei einem Durchschnittspreis von 43 €. Doch nicht alle Kraftwerkstechnologien sind von diesem sogenannten «Merit-Order-Effekt» gleich betroffen. Erneuerbare Energien wie Windkraft und Photovoltaik (PV) geraten aufgrund ihrer fluktuierenden Produktion besonders unter Druck. Gerade in jenen Stunden, in denen ihre Ergiebigkeit aufgrund günstiger Witterungsbedingungen gross ist, brechen die

Grosshandelspreise wegen des inflationären Angebots ein. Mit anderen Worten: Bei viel Wind oder Sonne ist der Stromabsatz von Windrädern oder PV-Anlagen hoch, aber der am Markt lösbare Preis tief. Mit wachsender Förderung steigt auch der Wertzerfall bei den erneuerbaren Energien. Die angefügte Abbildung illustriert diese Entwicklung für Onshore-Windkraft und PV im deutschen Markt.

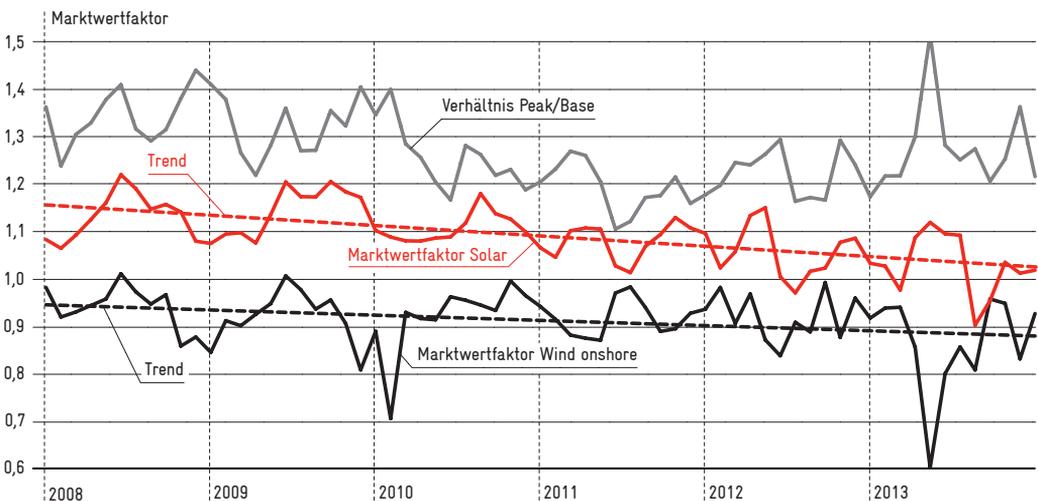
### Stärkerer Wertzerfall bei der Photovoltaik

Der in der Abbildung dargestellte monatliche «Marktwertfaktor» misst den relativen Wert einer Technologie. Er wird berechnet als Quotient aus dem effektiven Erlös eines technologiespezifischen Produktionsprofils und dem theoretischen

### Windkraft und Photovoltaik verlieren an Wert, je mehr sie gefördert werden

Erneuerbare Energien geraten aufgrund ihrer fluktuierenden Produktion unter Druck. Der relative Wertzerfall (Marktwertfaktor) ist bei der Photovoltaik besonders gross, weil die Preise aufgrund des inflationären Angebotes gerade während den sonnigen Mittagsstunden einbrechen.

Quelle: Energy Brainpool (bisa 2011) und Avenir Suisse auf Basis eeg.kwk.net (ab 2012)



Erlös, der aus dem Verkauf als Bandenergie resultieren würde. Die beiden Grössen können voneinander abweichen, da der Wert des Stroms im Spotmarkt je nach Zeitpunkt seiner Produktion bzw. Einspeisung erheblich variieren kann. Ein Marktwertfaktor über 1 zeigt an, dass sich der erzeugte Strom über dem Durchschnittspreis an der Börse vermarkten lässt, etwa weil die Produktion steuerbar ist oder «zufällig» während Hochpreisperioden anfällt. Die PV wies bislang eine überdurchschnittliche Wertigkeit auf, da ihre Produktion mit der hohen Nachfrage während des Tages zusammentrifft. In den Sommermonaten 2008 und 2009 erreichte die PV noch einen Marktwertfaktor von etwa 1,2, doch bis 2013 sank dieser kontinuierlich auf etwa 1.

Der Wertzerfall hängt keineswegs mit allgemein sinkenden Marktpreisen zusammen (schliesslich handelt es sich um eine relative Bewertung).

Vielmehr ist er das Resultat der stark angewachsenen PV-Produktion, die just während den sonnigen Mittagstunden die Preise erodieren lässt. Etwas weniger ausgeprägt ist der Wertzerfall bei Onshore-Windkraft. Ihr relativer Marktwert lag allerdings bereits 2008

unter 1. Zwar fällt der grösste Teil der Windenergie während des Winters mit etwas höheren Preisen an, doch trifft die Produktion im Tagesverlauf nicht systematisch mit einer höheren Nachfrage zusammen.

#### **Abhängig von Entwicklung in den Nachbarländern**

Die in der Abbildung dargestellte Werthaltigkeit der erneuerbaren Energien wurde für das Marktgebiet Deutschland-Österreich ermittelt, dennoch lassen sich daraus Schlüsse für die Schweiz ziehen. So kann im Falle der PV davon ausgegangen werden, dass die Entwicklung des Marktwertfaktors ähnlich ist. Schliesslich übernimmt der Schweizer Grosshandel während der Sommermonate (wenn ein Grossteil der PV-Produk-

tion anfällt) üblicherweise den etwas tieferen deutschen Strompreis. Ausserdem dürften schweizerische und süddeutsche Photovoltaik-Anlagen aufgrund der oft gleichen Wettersituation ein ähnliches Produktionsprofil aufweisen.

Bei der Windkraft ist die Abweichung grösser. Einerseits übernimmt die Schweiz während der Wintermonate, wenn der Wind-Output höher ist, meist das italienische Preisniveau.

Andererseits ist die Korrelation zwischen der Windenergieproduktion in Norddeutschland und in der Schweiz weniger ausgeprägt.

#### **Wachsende Ineffizienz der KEV**

Der anhaltende Ausbau der erneuerbaren Energien dürfte zu einer weiteren Werterosion in diesem Bereich führen. Die längerfristige Entwicklung dagegen ist sehr unsicher und hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben dem weiteren Ausbau des konventionellen Kraftwerkparcs und der erneuerbaren Energien gehören dazu in erster Linie die Verfügbarkeit effizienter Speicher und die Flexibilität der Nachfrage. Aufgrund des grenzüberschreitenden Handels spielt zudem die Entwicklung in den Nachbarländern eine bedeutende Rolle – beispielsweise werden die deutschen Exporte vermehrt durch Wind- und PV-Produktion bestimmt.

Die bisherige Förderung erneuerbarer Energien in der Schweiz via Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) berücksichtigt diese Einflüsse nicht. Im Gegenteil: Die KEV wird mit der wachsenden Einspeisung erneuerbarer Energien in der Schweiz und den Nachbarländern immer ineffizienter; der Subventionsbedarf steigt mit dem anhaltenden Wertzerfall von Windkraft und Photovoltaik. Sinnvollerweise sollte daher nicht die Politik den Ausbau erneuerbarer Energien steuern, sondern ein Markt-Mechanismus, der auch den künftigen Wert des Stroms berücksichtigt.

*Online-Publikation: 27.08.2013*

**Mit wachsender Förderung steigt auch der Wertzerfall bei den erneuerbaren Energien.**

**Bei viel Wind oder Sonne ist der Stromabsatz von Windrädern oder PV-Anlagen hoch, aber der am Markt lösbare Preis tief.**

# Arbeiten bis zum Umfallen?

*Die Arbeitszeit deutlich ausdehnen, den Übergang ins Rentnerdasein sanfter gestalten und die Vorsorgewerke flexibilisieren und individualisieren: Auch – aber nicht nur – um die Renten langfristig zu sichern.*

Gerhard Schwarz

Der wohl aussagekräftigste Indikator für gestiegenen Wohlstand in der westlichen Welt ist die stetig steigende Lebenserwartung. Das ist für den Einzelnen erfreulich, bedeutet für die Vorsorgesysteme aber eine grosse Belastung. Viele Länder haben deshalb damit begonnen, das Rentenalter zu erhöhen. Das ist eine Möglichkeit, um die langfristige Finanzierbarkeit der Renten zu sichern. Viel besser wären jedoch flexible Lösungen, die die individuellen Bedürfnisse der Menschen besser berücksichtigten.

## Das Leben ist keine Autobahn

Der Irrsinn unseres heutigen Systems besteht in einer geradezu grotesken Dreiteilung des Lebens. Zuerst kommt die Zeit der Ausbildung, immer länger und oft bis 30. Dann kommt die Karriere, in der von den Leuten alles abverlangt wird, sie so hart arbeiten, dass Gesundheit und Ehe gefährdet werden oder sogar kaputtgehen, und dann kommt die Zeit, in der man das Leben geniessen soll.

Wenn wir aber in Zukunft länger arbeiten werden, wird es notwendig sein, dass wir für das Arbeiten im Alter einen anderen Rhythmus, einen anderen Mix von Arbeit und Freizeit finden, dass wir einen fließenden Übergang in jene Zeit finden, in der wir keiner bezahlten Arbeit mehr nachgehen. Da müssen allerdings nicht nur die Politik und die Arbeitnehmer mitmachen, sondern auch die Arbeitgeber. Das ist noch längst nicht überall der Fall.

## Ein individuell bestimmbares Rentenalter

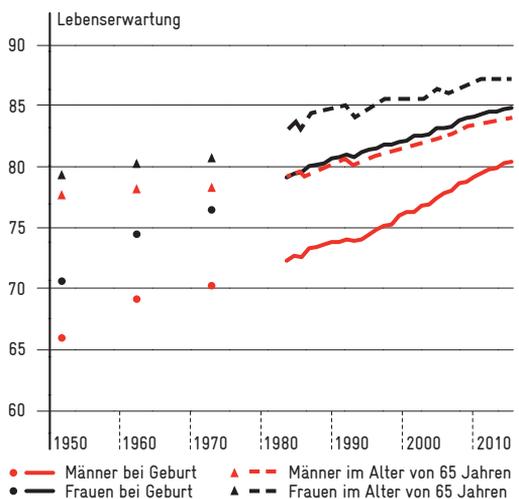
Die Schweiz kann bei der Suche nach guten Reformen vom Ausland lernen. Ein besonders vielversprechendes Pensionssystem ist das schwedische. Dort wurde schon 1999 die Altersguillotine abgeschafft. Seither kann man frühestens

mit 61 Jahren – um die Festlegung einer solchen unteren Schwelle kommt man nicht herum – eine kleine Rente beziehen. Man kann aber auch praktisch unbeschränkt weiterarbeiten. Mit jedem Jahr, das man länger arbeitet, wird die Rente erhöht, und zwar versicherungsmathematisch sauber berechnet.

Ebenso wichtig wäre die Möglichkeit, ab dieser Altersschwelle eine Teilrente beziehen zu können, also beispielsweise 60 % zu arbeiten und zu 40 % eine Rente zu beziehen. Das ist für den sanften Übergang in den Ruhestand sehr wichtig. Generell sollten wir uns als Gesellschaft wegbewegen vom «arbeiten müssen». Sehr viele Menschen arbeiten gerne, denn Arbeit gibt Sinn, gibt das Gefühl des Gebrauchtwerdens.

## Schweizerinnen und Schweizer werden immer älter

*Die steigende Lebenserwartung belastet die Finanzierbarkeit der Vorsorgesysteme. Das Rentenalter zu erhöhen ist eine Möglichkeit, besser wären flexible Lösungen.*



Quelle: Bundesamt für Statistik

## Der Irrsinn unseres heutigen Systems besteht in einer geradezu grotesken Dreiteilung des Lebens.

All dies heisst auch nicht, dass der Staat gefordert wäre, Anreize für längeres Arbeiten zu setzen. Es genügte völlig, alle Verzerrungen zu beseitigen und die Renten auf eine versicherungsmathematisch korrekte Basis zu stellen: Wer länger arbeitet, kann danach eine höhere Rente beziehen und sollte dafür nicht steuerlich bestraft werden. Wer aber früher in Pension geht, muss eine entsprechende Rentenkürzung in Kauf nehmen. Natürlich muss man für Leute, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr leistungsfähig sind, eine eigene Lösung finden.

### Kein Leben auf Kosten der Kinder

Bei der Rentendiskussion ist oft vom sogenannten Generationenvertrag die Rede, der letztlich garantieren sollte, dass sich keine Generation auf Kosten ihrer Kinder bereichert. In der Schweiz wird dieser Generationenvertrag besonders in der zweiten Säule zunehmend verletzt: Ein viel zu hoher Umwandlungssatz und schwache Finanzmarktrenditen haben dazu geführt, dass das Geld, das Rentner von ihrer Pensionskasse in den letzten Lebensjahren ausbezahlt erhalten, nicht dasjenige ist, das sie selbst angespart haben, sondern dasjenige der jüngeren, noch im Arbeitsprozess steckenden Pensionskassenmitglieder – wir reden hier von jährlichen Umverteilungen zwischen 600 Mio. Fr. und 1,5 Mrd. Fr.

Eine Reform der beruflichen Vorsorge müsste an drei Punkten ansetzen: Ein früherer Beginn des BVG-Obligatoriums, etwa bereits mit 18 statt erst mit 25 Jahren, ein niedrigerer und je nach Pensionskasse flexibel bestimmbarer Umwandlungssatz und weniger stringente Anlagerichtlinien, die eine breitere Diversifikation erlauben. Die grosse Schwierigkeit besteht darin, dass ökonomisch eine Reform des BVG absolut zwingend ist, sie aber politisch wenig Chancen hat.

*Die ungekürzte Version dieses Artikels erschien in «Notensteingespräche 06/2013» der Bank Notenstein (auch als Podcast verfügbar)*

### Wie bitte?

## Gute Futterverwerter

Die nachhaltige Armutsbekämpfung ist eine wichtige Zielsetzung der Entwicklungszusammenarbeit. Tatsächlich wurde in den letzten Jahrzehnten diesbezüglich viel erreicht. Der Anteil der Menschen an der Weltbevölkerung, die in extremer Armut leben (mit weniger als \$ 1.25 pro Tag) hat sich seit 1980 von fast 43 % auf gut 17 % verringert.

Der weltweite Rückgang von Armut ist fast ausschliesslich Ländern wie China und auch Indien zu verdanken. In beiden Ländern ist die offizielle Entwicklungshilfe höchstens von marginaler Relevanz, und doch haben sie das Durchschnittseinkommen innert 30 Jahren um beeindruckende 2200 % bzw. immerhin 420 % auf 4400 \$ bzw. 1400 \$ gesteigert. Sie sind gute «Futterverwerter» und holen aus der minim fließenden Hilfe das Maximum heraus, weil sie die Stärkung des Privatsektors und die Integration in die Weltwirtschaft vorangetrieben sowie eine Politik der Stabilität verfolgt haben. Andererseits brachten Länder wie Guinea-Bissau oder das von Kriegs- und Flüchtlingselend gebeutelte Somalia, deren Bevölkerungen 1980 zu über 50 % bzw. zu 80% von Entwicklungshilfe lebten, keinen grösseren Zuwachs zustande als Indien; die beiden Länder serbeln um die 550 \$ Einkommen pro Kopf und Jahr dahin. Ein ähnlich katastrophaler «Futterverwerter» ist Burundi.

Ob der Entwicklungsprozess gut verläuft, hat viel mit Rahmenbedingungen zu tun. Wo Rechtsstaatlichkeit und die Respektierung grundlegender Menschenrechte fehlen und Korruption sich breitmacht, bringen Entwicklungshilfegelder nichts, weder Menschlichkeit noch Wachstum. Es gibt sehr wohl Länder und Situationen, in denen ausländische Hilfe Wachstumsprozesse anstösst. Aber die Hilfe verschüttet auch oft lokale Potenziale, mehr Hilfe bedeutet nicht automatisch mehr Entwicklungserfolg, und oft versickert das Geld relativ wirkungslos. Entwicklungshilfe sollte nicht nur dorthin gelenkt werden, wo die Armut gross ist, sondern auch dorthin, wo sie etwas bewirkt. Und das tut sie nicht überall gleichermassen. GS

## Wie machen es die anderen 25 Kantone?

*Bessere Kenntnisse über die interkommunalen Finanzausgleichssysteme könnten helfen, dass sich gängige Best-Practice-Lösungen trotz politischer Hürden durchsetzen können. Das neue Kantonsmonitoring setzt genau hier an.*

Lukas Rühli

Die 26 kantonalen Finanzausgleichssysteme schlüpfen sozusagen unter dem Radar der Öffentlichkeit hindurch.

Der neue Finanzausgleich des Bundes (kurz: NFA) zieht fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten wieder vermehrt Aufmerksamkeit auf sich.

Die im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III drohende Abschaffung der selektiven Steuerprivilegien für Domizil- und gemischte Gesellschaften hat Diskussionen ausgelöst, ob Anpassungen im NFA vorgenommen werden sollen, um die unterschiedlichen Auswirkungen dieser Massnahme auf die Kantonsfinanzen abzufedern, und bei

einigen Geberkantonen sinkt das Verständnis für die immer grösseren Zuschüsse an den einst stolzen Kanton Bern und für die Unterstützung einiger Kleinkantone mit teilweise sehr geringen Steuerbelastungen.

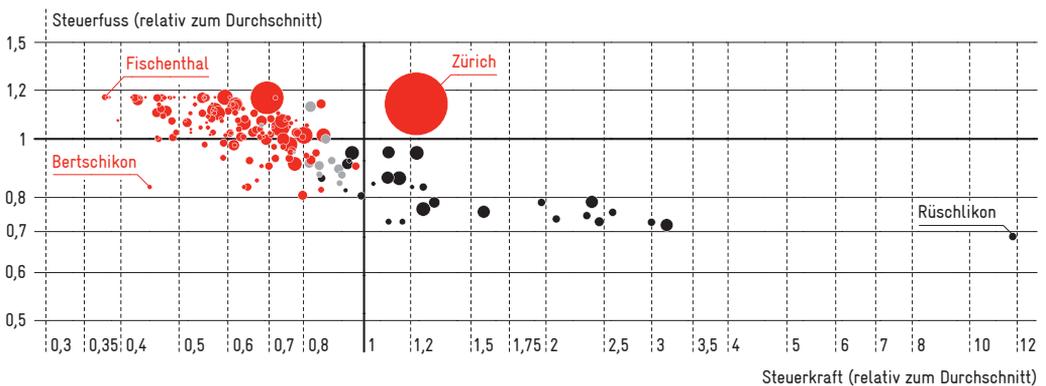
**Zürich mit starker Ausgleichswirkung**

Sozusagen unter dem Radar der breiten Öffentlichkeit hindurch schlüpfen hingegen die 26 kantonalen Finanzausgleichssysteme, die auf Gemeindeebene die gleiche Funktion erfüllen sollen wie der NFA auf Kantonsebene, ordnungspolitisch aber oft deutlich problematischer ausgestaltet sind. Wie wenig über diese Systeme bekannt ist, war vor zwei Monaten (indirekt) einem in einer grossen Schweizer Tageszeitung publi-

### Auswirkungen des Finanzausgleichs im Kanton Zürich (2012)

Die Abbildung zeigt Steuerkraft- und Steuerfussverteilung der Zürcher Gemeinden. Jeder Kreis stellt eine Gemeinde dar. Die Grösse der Kreise ist proportional zur Einwohnerzahl der Gemeinden. Wie unschwer zu erkennen, liegen die Steuerfüsse der Gemeinden trotz der teilweise enorm grossen Steuerkraftunterschiede relativ nahe beieinander.

Quelle: eigene Berechnungen nach Angaben des statistischen Amtes des Kt. Zürich



- Gemeinde empfängt Gelder aus dem Finanzausgleich
- Gemeinde zahlt Gelder in den Finanzausgleich
- Gemeinde empfängt nicht und zahlt nicht

zierten Meinungsbeitrag zu entnehmen, der sich mit dem neuen Zürcher Finanzausgleich beschäftigte. Dieser löste 2012 einen völlig veralteten Ausgleich ab, der faktisch mit Defizitgarantien operierte. Das neue System funktioniert grösstenteils nach modernen Prinzipien, sieht also den separaten Ausgleich von Ressourcenpotenzial und exogenen Sonderlasten vor. Im Beitrag wurde ihm eine zu geringe Ausgleichswirkung angekreidet: Die Streuung der Gemeindesteuerfüsse von 72 bis 122 Punkte erfülle die Forderung der Kantonsverfassung, wonach diese «nicht erheblich voneinander abweichen» sollen, kaum. Ein Vergleich mit den Finanzausgleichssystemen anderer Kantone entkräftet diesen Vorwurf sofort:

- Der Zürcher Finanzausgleich garantiert allen Gemeinden eine Ressourcenausstattung von 95 % des Durchschnitts. Dieser Wert liegt höher als in fast allen anderen Kantonen und beispielsweise auch deutlich höher als beim NFA (85 %).
- Ressourcenstarke Gemeinden werden in keinem Kanton so stark zur Kasse gebeten wie in Zürich: Sie müssen 70% ihrer harmonisierten Steuererträge, die 110% des Durchschnitts übersteigen, an den Ressourcenausgleich abgeben. Von einem Franken zusätzlicher harmonisierter Steuerkraft darf eine ressourcenstarke Gemeinde also nur 30 Rappen behalten.
- In keinem Kanton mit auch nur annähernd so vielen Gemeinden ist die Bandbreite zwischen dem tiefsten und dem höchsten Gemeindesteuerfuss so klein wie im Kanton Zürich. Der höchste Steuerfuss (122 Punkte in 26 Gemeinden) übertrifft den niedrigsten (72 Punkte in Rüslikon) um gerade einmal 69 %. Addiert man den Kantonssteuerfuss, bleibt sogar noch ein Unterschied von 29 %. Währenddessen übertrifft die höchste Steuerkraft (Rüslikon) die niedrigste (Fischenthal) um nicht weniger als den Faktor 31 oder 3086 %!

#### **Steuerfuss hat als Lastenindikator ausgedient**

Weiter wird im Beitrag bemängelt, auch einige Gemeinden mit unterdurchschnittlichem Steuerfuss empfangen Zuschüsse aus dem Ressourcen-

ausgleich, während gewisse Gemeinden trotz höherer Steuerbelastung leer ausgingen. Diese Kritik verkennt, dass genau diese Eventualität das Wesen eines jeden modernen Finanzausgleichs ausmachen sollte: Der Steuerfuss als ein von der Gemeinde direkt beeinflussbares Kriterium soll nicht länger als «Lastenindikator» für den Finanzausgleich dienen, denn eine effiziente Gemeindeverwaltung würde damit bestraft, eine nachlässige belohnt. Sinnvoll wäre hingegen ein System, das bei allen Gemeinden den effizienten Umgang mit der knappen Ressource Steuergelder fördert.

**Der Steuerfuss als ein von der Gemeinde direkt beeinflussbares Kriterium soll nicht länger als «Lastenindikator» für den Finanzausgleich dienen.**

#### **Fehlende Best-Practice-Lösungen**

Solche fehlgeleiteten Analysen zeigen, dass die Kenntnisse der Systeme zum interkommunalen Finanzausgleich auch bei fachkundigen Personen meist auf den eigenen Kanton beschränkt sind und dass vermeintlich gängige Best-Practice-Lösungen, wie z.B. die Eliminierung des Steuerfusses als Kriterium im Finanzausgleich, durchaus nicht als allgemein bekannt und akzeptiert betrachtet werden können. Das nächste Kantonsmonitoring von Avenir Suisse setzt genau hier an. Es ermöglicht umfassende Vergleiche zwischen den kantonalen Finanzausgleichssystemen: Findet eine klare Trennung von Ressourcen- und Lastenausgleich statt? Wer finanziert die Ausgleichszahlungen? Wie hoch sind diese im Verhältnis zu den Ressourcenunterschieden der Gemeinden? Stützt sich der Lastenausgleich tatsächlich auf exogene Faktoren oder gleicht er effektive Ausgaben aus? Welcher Anreiz, sich am Standortwettbewerb zu beteiligen, bleibt nach dem Ressourcenausgleich überhaupt noch? Antworten auf diese und weitere Fragen finden Sie im neuen Kantonsmonitoring.

**Das «Kantonsmonitoring 5» erscheint am 10. Oktober 2013 unter: [www.avenir-suisse.ch/30852](http://www.avenir-suisse.ch/30852)**

# Süchtig nach Immobilienerträgen?

*Für den Fiskus sind Liegenschaften Objekte der Begierde. Selbst hinter hohen Hecken versteckt entgehen sie selten dem Blick des Steueramtes. Seit 2001 ist der Ertrag aus der Besteuerung des Eigenmietwertes um das Vierfache gestiegen.*

Marco Salvi

Nicht von ungefähr war die «hearth tax», die Herdsteuer, eine der ältesten und wichtigsten Waffen im Steuerarsenal des englischen Königshauses. Im 17. Jahrhundert war es einfacher, Kamine zu zählen als Köpfe. Heute kann der Staat zwar besser zählen; dennoch bleiben Häuser, weil unbeweglich und wertvoll, als Basis für Steuern und Abgaben beliebt. Diese reichen von Gebühren für Baubewilligungen und Notare bis hin zu Steuern ohne direkte Gegenleistung, wie die Vermögenssteuer, die Grundstücksgewinnsteuer oder die Besteuerung des Eigenmietwertes.

## Rasanter Anstieg der Steuern seit 2001

Wie wichtig sind denn die verschiedenen Immobiliensteuern für die öffentlichen Finanzen? Ist der Staat, nach vielen Jahren steigender Immobilienpreise, danach «süchtig» geworden? Mit

der hiesigen, spärlichen Datenlage lässt sich die Frage nicht unmittelbar beantworten. Angaben zum Eigenmietwert und dem damit verbundenen Steuerertrag sind nur sporadisch vorhanden. Ist man aber bereit, einige einfache (und gut

Häuser sind, weil unbeweglich und wertvoll, als Basis für Steuern und Abgaben beliebt.

abgestützte) Annahmen zu treffen – z. B. einen mittleren Grenzsteuersatz der Einkommenssteuer von 25% und ein Steuerwert der Immobilien von 70% des Marktwertes –, lässt sich die nebenstehende Grafik zeichnen.

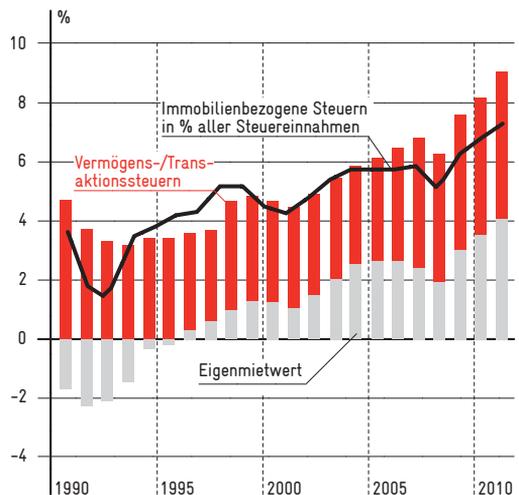
Nach dieser Schätzung haben 2011 die liegenschaftsbezogenen Steuereinnahmen mit 9 Mrd. Fr. einen Höchststand erreicht. 4 Mrd. Fr. – gut 45% aller immobilienbezogenen Steuern – stammen aus der Eigenmietwertbesteuerung. Seit 2001 ist der Anstieg rasant: Die Steuereinnahmen

haben sich real verdoppelt, die Einkünfte aus der Besteuerung des Eigenmietwertes vervierfacht. Die Differenz zur ersten Hälfte der 1990er Jahre – als die Schweiz eine schwere Immobilienkrise durchlief – ist gross. Damals war die Steuerrechnung der Eigenheimbesitzer negativ: Sie konnten mehr Hypothekarzinsen abziehen, als sie an Eigenmiete erwirtschafteten. Dank der Eigenmietbesteuerung und der Abzugsfähigkeit der Schuldzinsen liess sich damit der rasche Anstieg der Hypothekarzinsen abfedern.

Zwanzig Jahre später hat sich das Blatt vollständig gewendet. Die Hypothekarzinsen sind stark gefallen: So zahlten die Schweizer Haushalte 2011 nur 10 Mrd. Fr. an Hypothekarzinsen, einen Klacks im Vergleich zu den (in heutigem Geld

## Ergiebige Liegenschaftssteuern

Die Erträge aus immobilienbezogenen Steuern sind seit 2001 stark angestiegen. Sie machen aber immer noch «bloss» 7% aller Steuereinnahmen aus.



Quelle: BFS (VGR), EFD, Avenir Suisse

ausgedrückt) 29 Mrd. Fr. von 1991. Die (Eigen-)Mieteinnahmen der Haushalte sind hingegen von 30 auf 37 Mrd. Fr. gestiegen – und damit auch die Steuerrechnung.

Die robuste Verfassung des Immobilienmarktes hat auch zur Ergiebigkeit weiterer immobilienbezogener Steuern beigetragen. Der rege Handel mit Liegenschaften schenkt bei den achtzehn Kantonen ein, die eine Handänderungssteuer erheben. Insgesamt haben die Einnahmen aus Vermögens- und Transaktionssteuern seit 2001 real um 50 % zugenommen.

Könnten die öffentlichen Finanzen einen Rückgang der Immobilienpreise verkraften? In einer von einem starken Anstieg der Hypothekarzinsen begleiteten Immobilienkrise (was nach wie vor ein mögliches Szenario darstellt) würde die stabilisierende Wirkung der Eigenmietwertbesteuerung die privaten Haushalte entlasten, nicht jedoch die öffentlichen. Wie die Grafik zeigt, hat die Abhängigkeit der Staatsfinanzen von Erträgen aus Liegenschaftssteuern zugenommen. Die immobilienbezogenen Steuern machen jedoch immer noch «bloss» 7% aller Steuereinnahmen aus.

### **Löhne wichtiger als Mieten**

Dieser geringe Anteil zeigt nicht so sehr eine tiefe Steuerbelastung der Liegenschaften, als vielmehr die oft übersehene Tatsache, dass volkswirtschaftlich gesehen die Immobilienerträge im Vergleich zu den Löhnen von zweitrangiger Bedeutung sind – und dies trotz der vermeintlichen, naturgegebenen «Knappheit» des Bodens und dem beschränkten Angebot an Bauland. Die Schweiz des 21. Jahrhunderts ist nicht wie das England des 17. Dank der gestiegenen Produktivität machen nicht mehr die Mieten und Pachten den grössten Teil der Wertschöpfung aus, sondern die Löhne. Und solange das so bleibt, ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weit wichtiger für die Staatsfinanzen als jene auf dem Immobilienmarkt.

*Dieser Artikel erschien in NZZ Domizil vom 16.08.2013. Mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung.*

## **Steuern mit Prinzip**

Die Zeiten, in denen sich ein Land aufgrund seines Steuermodells einen Standortvorteil verschaffen konnte, seien vorbei, lautete kürzlich das Fazit aus einem Abendlichen Gespräch zum Thema «Die Zukunft der Unternehmenssteuer» bei Avenir Suisse. Doch nicht nur bei der Besteuerung globaler Unternehmen sind Umwälzungen im Gange oder Erneuerungen fällig. Generell wurde in den letzten Jahren die Pflege der Schweizer Steuerordnung vernachlässigt. Auf die Suche nach einem besseren Kompromiss zwischen «Last und Leistung» begibt sich das Avenir-Suisse-Buch «Ein Steuerkompass für die Schweiz». Neben Vorschlägen, wie das Schweizer Steuersystem effizienter und transparenter gestaltet werden könnte, enthält es auch eine Auslegeordnung des bestehenden Steuer- und Transfersystems, geleitet von der Frage: Wer zahlt welche Steuern zu welchem Zweck? *SH*  
**Ab 29. Oktober unter [www.avenir.suisse/30875](http://www.avenir.suisse/30875)**

---

## **Schweizer Erfolgsgeschichten**

Woher kommen sie, wo wurden sie ausgebildet und was machte sie zu Pionieren der Schweizer Wirtschaftsgeschichte? In den Bänden 1–99 der Reihe «Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik» (Verlag Neue Zürcher Zeitung) wurden 272 Persönlichkeiten porträtiert, die mit ihrem Wirken in Wirtschaft, Technik, Wissenschaft oder im sozialen Bereich wesentlich zur Schweizer Erfolgsgeschichte beigetragen haben. Die kürzlich erschienene Jubiläumsausgabe (Band 100) wertet die oft wagemutigen Lebensläufe wissenschaftlich aus und fasst die Erkenntnisse in 17 Thesen. Den Ursprung der Schweizer Innovationsfähigkeit führt Herausgeber und Historiker Joseph Jung auf die Gründerjahre des jungen Bundesstaates 1848 zurück. Damals wurden in einem kleinen Zeitfenster mit liberaler Politik die Voraussetzungen geschaffen, aufgrund derer sich die rückständige Schweiz zu einem kompetitiven Finanz-, Werk- und Forschungsplatz entwickeln konnte. *SH*

**Publikationen**



Verantwortlich für diese Ausgabe Gerhard Schwarz und Simone Hofer Frei, Avenir Suisse, Zürich Mitarbeitende Barbara Angerer, Alois Bischofberger, Jérôme Cosandey, Simon Hurst, Michael Mandl, Urs Meister, Andreas Müller, Daniel Müller-Jentsch, Jörg Naumann, Verena Parzer Epp, Samuel Rutz, Lukas Rühli, Marco Salvi, Patrik Schellenbauer, Annegret Sturm, Rudolf Walser, Dominique Zaugg, Luc Zobrist Redaktion Giessereistrasse 5, 8005 Zürich Telefon 044 445 90 00 E-Mail redaktion@avenir-suisse.ch Gestaltung arnold.kircherburkhardt.ch Desktop Publishing atelier4m.ch Druckauflage 7500 Exemplare Druck Feldegg AG, www.feldegg.ch Download Nachdruck, auch auszugsweise, mit Quellenangabe («avenir aktuell») gestattet; abrufbar als PDF auf www.avenir-suisse.ch.